

SEITENBLICK

F-E-M-I-N-I-S-M-U-S
F-U-S-S-B-A-L-L
M-A-I-N-S-T-R-E-A-M

Abtreibung und Reproduktionsmedizin, Körperhaare und -Rasur, queeres Leben, Schönheitsterror und vor allem Selbstbestimmung sind alltägliche Themen jeder Frau – in jedem Alter.

Ist sie deshalb eine Feministin?

Bin ich Feministin, wenn ich Alice Schwarzer nicht kenne?

Wie feministisch sieht sich Pascale Bruderer?

Wann findet der Frauenfussball-Cupfinal statt?

Weshalb war der 100. Geburtstag Simone de Beauvoirs keine Riesenfete von internationaler Bedeutung?

Pop und Feminismus: beisst sich das?

Bin ich trotz rot geschminkter Lippen Feministin?

Schauen Feministinnen Euro 08?

Was ist feministische Politik?

Wo bleibt der Mainstream?

Diesen Fragen gehen wir auf den Grund.
An der Vernetzungstagung der SP-Frauen Schweiz.
Am 7. Juni 2008, von 11.30 bis 17 Uhr im PROGR und im grand palais in Bern.

Melde dich an, unter www.sp-frauen.ch oder unter Tel. 031 329 69 90.

Das Recht auf Unversehrtheit,

Sexuelle Verstümmelung von Frauen und Mädchen in Gambia und die Folgen in der Schweiz

Um den Blick für dieses schwerwiegende Problem zu schärfen, wollte ich die Stimmen betroffener Frauen hören und ihr Ursprungsland kennenlernen. Ich bin deshalb Mitte April mit der Unicef-Kampagne «Mädchenbeschneidung» nach Gambia gereist, mit dem Ziel, die Programme, die zur Prävention auf die Beine gestellt wurden, zu besuchen.

Maria Roth-Bernasconi

Entgegen der verbreiteten Meinung ist die Genitalverstümmelung durch keine Religion vorgeschrieben. Jedoch werden seit Jahrhunderten Frauen und Mädchen unter dem Deckmantel der Religion an ihren Genitalien verschnitten. Wie ihr Geschlecht werden so gleichzeitig auch ihre Grundrechte verstümmelt:



das Recht auf Unversehrtheit, Gesundheit und Selbstverwirklichung. Die Genitalverstümmelung, die in West- und Nordwestafrika vorkommt, sowie in gewissen Regionen des Nahen Ostens, geht uns alle an. Denn gerade durch die laufenden Migrationsbewegungen werden diese Traditionen auch ausserhalb ihrer Ursprungsländer praktiziert. So leben heute in der Schweiz 6700 Frauen und Mädchen, die beschnitten wurden.

Zwei parlamentarische Vorstösse

Ich habe 2005 zwei Vorstösse eingereicht, damit die Politik aktiv wird. Zwei Rechtsgutachten der Unicef, die aussagen, dass eine spezifische Rechtsgrundlage ein Mittel wäre, um die sexuellen Verstümmelungen zu verhindern, stützen sie. Eine ordnungsgemässe Strafandrohung ist tatsächlich das einzige Mittel, um amtlich die öffentliche Verurteilung auszudrücken. Aber nur auf Repres-

sion zu setzen ist eine Augenwischerei. Die Wirksamkeit der Bekämpfung beruht auch auf parallelen Massnahmen: dem Schutz der Kinder, der Mobilisierung der öffentlichen Meinung

Nur auf Repression zu setzen ist Augenwischerei.

und vor allem der Mitbestimmung der Frauen, der Gemeinschaften und der betroffenen Personen. Meine Vorstösse, die auf Bestrafung und Prävention basieren, haben beide Kammern des Parlamentes überzeugt.

Mitbestimmung als Codewort

Gambia, das kleine Nachbarland des Senegal, hat 1,3 Millionen EinwohnerInnen und belegt den 155. Rang (von 173) auf dem Index der



«Eine Freundin hat eine solche Verstümmelung erlebt» – eine Möglichkeit, um in einer tabuisierten Diskussion auf die eigene Situation aufmerksam zu machen.

Gesundheit und Selbstverwirklichung

menschlichen Entwicklung (IDH). 396800 der halben Million Einwohnerinnen sind beschnitten. Gambia hat dadurch eine der höchsten Müttersterblichkeitsraten bei der Geburt. Unicef unterstützt in Gambia und im Senegal die Projekte der NGO Tostan. Die NGO motiviert die Gemeinschaften in den Dörfern, selbst über die verhängnisvolle Tradition zu diskutieren. Die Hauptaufgabe, um sie zu verändern, ist es, zu informieren und zu bilden (betreffend Hygiene und Gesundheit). Denn eine junge Frau hat in Gambia ohne einen Ehemann wenig ökonomische und soziale Überlebenschancen. Die Beschneidung stellt die Garantie der Reinheit dar, die als Bedingung für die Ehe gilt. Die Sexualität ist stark tabuisiert,

der Schleier ist nicht einfach zu heben. Tostan war trotzdem erfolgreich: Dank ihrem Programm haben Hunderte von Dorfgemeinschaften aus freiem Willen auf die Genital-

Genitalverstümmelung ist eine fatale soziale Vereinbarung.

verstümmelung verzichtet. Der offizielle Verzicht des Dorfes Malincounda auf die Beschneidung löste einen Schneeballeffekt im Senegal aus. Seit 1998 haben sich 1527 Dörfer angeschlossen. Das entspricht 30 Prozent

der senegalesischen Bevölkerung, die die Beschneidung praktizierte. Dieser beispiellose Erfolg, der durch den Ansatz der Mitbestimmung erreicht wurde, zeigt, dass eine soziale Vereinbarung, wie sie die weibliche Genitalverstümmelung schlussendlich darstellt, nur durch die Mitglieder der sozialen Gemeinschaft verändert werden kann. Die Umschulung der Beschneiderinnen gehört auch zu diesem Wandel.

Mein Fazit

Diese Reise war für mich erhellend in der ganzen Breite der Bedeutung des Wortes. Einerseits, ohne klischeehaft zu werden, wegen der warmen menschlichen Begegnungen: Wir wurden empfangen wie Königinnen, von den Müttern, den Kindern, von

Gambias Vizepräsidentin und den ParlamentarierInnen. Klar wurde mir auch meine weitere Arbeit in der Schweiz: Neben einem spezifischen Gesetz ist die Zusammenarbeit mit den Migrationsgemeinschaften entscheidend. Denn grundsätzlich führt die Stigmatisierung einer Bevölkerungsgruppe, besonders von Frauen und Kindern, niemals zum Erfolg. Im Gegenteil: Diejenigen, auf die mit dem Finger gezeigt wird, ziehen sich zu ihren Traditionen zurück. In der Schweiz ist es deshalb an uns, die unwürdige Verstümmelung abgestimmt auf die Grundlage unseres Rechtsstaates zu bekämpfen.

Maria Roth-Bernasconi ist Nationalrätin und Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz

ERFOLGSGESCHICHTE

Gleichstellung in den Städten

Nora Bussmann ist Projektleiterin bei der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich. Sie hat den Kongress «Gleichstellung in den Städten» vom 4./5. April 2008 in Zürich organisiert und ist für die Ausarbeitung des Aktionsplans für Zürich mitverantwortlich. Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz, hat mit ihr gesprochen.

jgr: Frau Bussmann, Sie haben in Zürich die internationale Tagung «Gleichstellung in den Städten» organisiert. Warum?

Nora Bussmann: Die gleichstellungspolitischen Herausforderungen, aber auch die Handlungsmöglichkeiten sind in europäischen Städten ähnlich. Deshalb hatten wir auf der Zürcher Fachstelle für Gleichstellung den Wunsch uns mit Gleichstellungsfachleuten anderer Städte auszutauschen. Die Unterzeichnung der «Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene» durch Zürich, Basel, Bern und Genf schuf den passenden Rahmen für ein europäisches Treffen. Der Beitritt verpflichtet die Städte, einen Aktionsplan mit konkreten

Massnahmen zu erarbeiten und über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Welches sind denn die spezifischen Herausforderungen für Städte?

Die Bevölkerungszusammensetzung der Städte ist sehr heterogen. Der Zugang zu formellen und informellen Netzwerken muss für alle gewährleistet sein und Ressourcen (Soziales, Bildung, Sicherheit – auch vor häuslicher Gewalt –, qualifizierte Erwerbsarbeit, etc.) müssen gerecht verteilt werden, um Ausschlussmechanismen, die oft von einer Geschlechterdimension geprägt sind, zu beheben.

Sind die Städte in den EU-Ländern in der Gleichstellung weiter als die Schweizer Städte?

Durch EU-Gesetzgebung sind die EU-Staaten verpflichtet, die Gleichstellung aktiv umzusetzen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, das hat bestimmt den Prozess in einigen Ländern beschleunigt. Nehmen wir Wien als Beispiel: Dort fließt der Aspekt Gleichstellung ganz bewusst in die Arbeit einer Mehrheit der Dienststellen und Ämter ein. So weit sind wir noch nicht.

Haben Sie durch die Tagung Anregungen für die Gestaltung des Zürcher Aktionsplans erhalten?

Das Thema der Erwerbsbeteiligung der Frauen, insbesondere auch der Zugang zum (qualifizierten) Ar-



Nora Bussmann, Projektleiterin Fachstelle für Gleichstellung, Stadt Zürich, Organisatorin der Tagung «Gleichstellung in den Städten» vom 4./5. April 2008.

BILD: MICHAEL WÜRTEMBERG

beitsmarkt für Migrantinnen, wird bestimmt einer der Schwerpunkte sein.

Müssten nicht endlich Anreize geschaffen werden, dass Männer die Erwerbsarbeit zugunsten der Familienarbeit reduzieren?

Ja, es muss um die Neuverteilung der häuslichen und der Erwerbsarbeit gehen. Die Fokussierung der Teilzeitbeschäftigung auf Frauen hat nämlich zu einer Teilzeitfalle für Frauen geführt. Nötig wäre auch ein längerer Vaterschaftsurlaub, um Männer früh in die «Vaterpflicht» zu nehmen.

Wie geht der rege Austausch nun nach der Tagung weiter?

Eine Vertreterin aus Paris und ein Vertreter aus Rotterdam wollen abklären, ob sie eine nächste Tagung durchführen können. Zudem wollen wir uns zu den Erfahrungen mit den Aktionsplänen austauschen.

Frau Bussmann, ich gratuliere Ihnen zum Erfolg und danke herzlich für das Gespräch.

Erfahren Sie mehr über diese Tagung und bestellen Sie den Katalog unter www.equality-in-towns.ch